

Rechenschaftsbericht des Vorstands der Internationalen Liga für Menschenrechte an die Mitgliederversammlung

Berichtszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2023

Sommario

1. Organisation	3
1.1. Mitgliederentwicklung	3
1.2. Mitgliederversammlung	3
1.3. Aus dem Vorstand / der Vorstandsarbeit im Berichtsjahr	3
1.5. Praktika	3
1.6. Die Liga auf Instagram	3
2. Dachorganisation	4
FIDH (Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme)	4
3. Vernetzung	4
3.1. Netzwerk gegen Rassismus	4
3.2. Berliner Friedenskoordination (FRIKO)	4
3.3. Unteilbar	4
3.4. Europäisches NGO-Forum	5
4. Arbeitsschwerpunkte	5
4.1. Asyl	5
EU-Asyleinigung verstößt gegen Genfer Konvention zum Schutz von Geflüchteten und die UN- Kinderrechtskonvention	6
4.2. Grundrechte	7

Vorstellung des Grundrechteports	7
4.3. Pazifismus.....	7
Werbung für den 10. Oldenburger Filmtag gegen den Krieg	7
4.4. Antirassismus	9
Veranstaltung: „Kriminalisierung und Stigmatisierung im Sicherheitsdiskurs – Wie Menschenrechte durch rassistische Polizeipraktiken in Gefahr sind“	9
4.5. Privatsphäre	10
Verleihung der Big Brother Awards 2023	10
4.6. Kurdistan	10
Verfolgung kurdischer Aktivitäten in der Türkei.....	10
4.7. Whistleblower	11
Aufruf zur Freilassung von Julian Assange	11
4.7. Palästina	12
Veranstaltung: „Gefahr für das Versammlungsrecht! Verbot pro-palästinensischer Demonstrationen in Berlin.“	12
5. Vesper „Menschenrechte aktuell“	15
5.1. Vesper – Menschenrechte aktuell: „Soziales Menschenrecht auf Wohnen für Alle – Wie weiter mit dem Volksentscheid?“	15
5.2. Vesper – Menschenrechte aktuell: Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention von 2009 in Deutschland – eine kritische Bilanz?	15
5.3. Vesper – Menschenrechte aktuell: Triage – Ersteinschätzung in Situationen des Mangels – Wem wird zuerst geholfen?	16
5.4. Vesper – Menschenrechte aktuell: „Das Problem ist institutioneller Rassismus!“ 16	
5.5 Vesper – Menschenrechte aktuell: Was wollen wir gegen die CDU/SPD-Innenpolitik tun??	16

1. Organisation

1.1. Mitgliederentwicklung

- Aufnahmen: 7
- Austritte: 10
- Verstorben: 3

Wir werden das Andenken an die Verstorbenen und ihr Engagement für die Verwirklichung der Menschenrechte in Ehren halten.

1.2. Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung hat am 10. Mai 2023 im Robert-Havemann-Saal im Haus der Demokratie und Menschenrechte stattgefunden.

Nachwahlen für den Vorstand der Liga fanden statt. Dabei wurden einstimmig fünf neue Vorstandsmitglieder (Nadjia Samour, Christiane Reymann, Mira Heinke, Prof. Jörg Arnold und Ulrich Wimmer) gewählt. Zusammen mit Ahmed Abed, Eberhard Schulz und Claus Förster bestand der Vorstand aus insgesamt 8 Mitglieder.

Dabei wurde engagiert über die Zukunft der Liga diskutiert. Es wurde unter anderem besprochen, konkrete Projekte und inhaltliche Kampagnen zu starten und mehr Ansprache an die Mitglieder zu leisten, ein soziales Umfeld zu schaffen, z.B. über regelmäßige Treffen.

1.3. Aus dem Vorstand / der Vorstandsarbeit im Berichtsjahr

Der Vorstand hat im Berichtszeitraum auf 13 Vorstandssitzungen die Aktivitäten der Liga beraten. Die Sitzungen haben als hybride Konferenzen stattgefunden.

1.5. Praktika

Die ILMR bietet im Liga-Büro Praktika an. Die Praktikant:innen werden von unserem Koordinator Matteo Bertoldi, Koordinator der ILMR seit Januar 2023, betreut. Seitdem haben siebzehn Praktikant:innen für die Liga gearbeitet. Die Tätigkeiten umfassen Unterstützung in der Organisation der Liga, Betreuung von Freiwilligen, Organisation von Veranstaltungen, Betreuung von Arbeitsgruppen, Social Media, Erstellen von Workshops, Recherche.

Juristische Praktika werden zusätzlich von Ahmed Abed betreut.

1.6. Die Liga auf Instagram

Seit Juni 2023 ist die Internationale Liga für Menschenrechte auf ihren Instagram Account aktiv. Folgen Sie dem Account für alle aktuellen Ankündigungen, Veröffentlichungen und Stellungnahmen unter <https://www.instagram.com/liga.menschenrechte?igsh=MWkyYnFuYWFhYWczNw==>.

2. Dachorganisation

FIDH (Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme)

Die FIDH agiert weltweit im Sinne der Unverletzlichkeit der Menschenrechte und verteidigt besonders Personen, die auf Grund ihrer Handlungen und Tätigkeiten im Bereich der Menschenrechte Repressalien und Angriffen bis hin zur Bedrohung ihrer Freiheit oder Existenz ausgesetzt sind. Zusammen mit der OMCT (Weltorganisation gegen Folter) hat die FIDH dazu eine Beobachtungsstelle eingerichtet.

Claus Förstger informiert den Vorstand als Kontaktperson zur FIDH und regelmäßig über die Aktivitäten unserer internationalen Dachorganisation, regt Kooperationen an und begleitet sie. Wo sich Schnittmengen mit den Schwerpunkten der Liga zeigen, nimmt der Vorstand diese gerne zum Anlass, um durch gemeinsames Vorgehen größeres Problembewusstsein und verstärkte Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit zu erlangen.

Auf unserer Webseite findet sich eine Darstellung unserer Dachorganisation, die maßgeblich von der Liga im Jahr 1922 mitgegründet wurde: <https://ilmr.de/internationale-dachorganisationen>.

3. Vernetzung

3.1. Netzwerk gegen Rassismus

Claus Förster und Eberhard Schultz beteiligten und beteiligen sich an den Sitzungen des beim DGB angesiedelten Netzwerkes gegen Rassismus in Berlin für die Liga.

3.2. Berliner Friedenskoordination (FRIKO)

Für die Liga nahmen unsere Vorstandsmitglieder Christiane Reymann und Eberhard Schultz an den monatlichen Sitzungen des Plenums teil. Hierbei brachte er besonders menschen- und völkerrechtliche Aspekte ein und warb für die Liga-Veranstaltungen.

3.3. Unteilbar

Claus Förster hat die Liga im Bündnis Unteilbar vertreten.

3.4. Europäisches NGO-Forum

Matteo Bertoldi nahm als Koordinator der ILMR an das 25. EU-NRO-Forum zu Menschenrechten teil, dass am 4. und 5. Dezember 2023 in Brüssel, Belgien, stattfand.

Das Forum wurde gemeinsam von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Auswärtigen Dienst in Zusammenarbeit mit dem Menschenrechts- und Demokratienetzwerk (HRDN) der in Brüssel ansässigen NROs organisiert. Unter dem Motto „Die Jugend als Akteur des Wandels für die Menschenrechte“ bot diese Veranstaltung die Gelegenheit, die Arbeit junger Menschenrechtsverteidiger, die Bedrohungen und Herausforderungen, mit denen sie weltweit konfrontiert sind, zu erörtern und Wege zu finden, um ihre Zukunft und die Zukunft der Menschenrechte sinnvoll mitzugestalten.

Die zweitägige Veranstaltung brachte rund 200 Teilnehmer zusammen, darunter Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, junge Menschenrechtsverteidiger, internationale Organisationen, Mitglieder von Jugendverbänden, EU-Mitgliedstaaten und europäische Institutionen. Die Veranstaltung schloss mit handlungsorientierten Vorschlägen und Empfehlungen, die praktische Möglichkeiten für die EU, die Mitgliedstaaten, die Zivilgesellschaft und die Jugend zur Anpassung und Verbesserung von Politik und Praxis aufzeigten.

<https://eungoforum2023.eu/>



4. Arbeitsschwerpunkte

4.1. Asyl

EU-Asyleinigung verstößt gegen Genfer Konvention zum Schutz von Geflüchteten und die UN-Kinderrechtskonvention

Mittwoch, 14. Juni 2023

Die Liga hat eine Pressemitteilung veröffentlicht, in dem sie den EU-Pakt zum Umgang mit Geflüchteten kritisiert und argumentiert, dass dieser die Genfer Konvention zum Schutz von Geflüchteten außer Kraft setzt. Er hat zur Folge, dass die Schutzstandards für Geflüchtete in der EU drastisch gesenkt werden. Insbesondere die Inhaftierung von Minderjährigen an den Außengrenzen, Abschiebungen in Drittstaaten sowie die massive Freiheitsentziehung von schutzsuchenden Menschen ohne direkten Zugang zum Asylverfahren sind mit der Genfer Konvention und der UN-Kinderrechtskonvention nicht vereinbar. Mit den Reformmaßnahmen werden grundlegende Menschenrechte verletzt und das Asylrecht in Europa erheblich eingeschränkt. Die Liga forderte den wirksamen Schutz von Asylsuchenden und Geflüchteten statt einer Abschottung der Grenzen, die den Tod im Mittelmeer und die Versklavung in Libyen zur Folge hat.

https://ilmr.de/2023/_trashed-2

Todesursache: Flucht

Dienstag, 27. Juni 2023

Neuerscheinung zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni 2023, auch als Antwort und Hintergrund zum aktuellen EU- Asylkompromiss - Für die vergangenen dreißig Jahre sind inzwischen mehr als 51.000 Menschen, die auf der Flucht nach und in Europa ums Leben gekommen sind, in einer Liste dokumentiert, die das europaweite Netzwerk UNITED for Intercultural Action mit Sitz in Amsterdam führt. Zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2018 erschien die Liste erstmals bei Hirnkost als Buch mit dem Titel „Todesursache: Flucht“ – unterstützt von mehr als 60 Organisationen, die es bei ihren Aktionen einsetzten. Es gab Theater- und Schulfestivals, Kulturevents und viele Diskussionsveranstaltungen. Die Erstauflage (10.000 Exemplare) war zum Erscheinungstermin quasi bereits vergriffen.



Zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni 2023 erscheint nun die dritte, überarbeitete Auflage mit der bis Februar 2023 ergänzten Liste. Die meisten Toten sind ohne Namen verzeichnet. Die Herausgeberinnen Kristina Milz und Anja Tuckermann haben einige Namen recherchiert und möchten die Menschen, die sie waren, dem Vergessen entreißen, um das Ausmaß dieser Tragödie besser zu fassen zu bekommen – und der Debatte um Flucht und Tod wieder ein menschliches Antlitz zu geben.

Das Projekt wird von zahlreichen Organisationen unterstützt, darunter auch von der Internationalen Liga für Menschenrechte

<https://ilmr.de/2023/todesursache-flucht>

4.2. Grundrechte

Vorstellung des Grundrechteports

Der „Grundrechte-Report. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland“, zu dessen Herausgebern die Liga zählt, wurde am 23. Mai 2023 im Haus der Demokratie in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt. Anwesend waren Susanne Baer, ehemalige Richterin des



Grundrechte-Report
2023 Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland

Herausgegeben von:
Benjamin Derin, Rolf Gössner, Wiebke Judith, Sarah Lincoln,
Rebecca Miltz, Max Putzer, Britta Rabe, Rainer Rehak, Lea Welsch,
Rosemarie Will



Bundesverfassungsgerichts und Professorin für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität zu Berlin, Simon Lachner, Aktivist der „Letzten Generation“ und Benjamin Derin, Rechtsanwalt und Mitglied des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins e.V. (RAV). Der Report nimmt mit dem Jahr 2022 unter anderem die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine, die Kämpfe um soziale Gerechtigkeit und die intensivierten Auseinandersetzungen um den Klimawandel in den Blick. Zu den rund 40 behandelten Themen gehören daneben auch die Versammlungsfreiheit, Überwachungsmaßnahmen durch Polizei und Geheimdienste, die Kriminalisierung von Armut, menschenrechtswidrige Abschiebungshaft und die Entwicklungen um das Abtreibungsverbot in Deutschland.

<https://ilmr.de/2023/grundrechte-report-2023-der-oeffentlichkeit-vorgestellt>

4.3. Pazifismus

Werbung für den 10. Oldenburger Filmtag gegen den Krieg

Mittwoch, 14. Juni 2023

Die Liga hat auf die Veranstaltung des "10. Oldenburger Filmtag gegen den Krieg" am 21. Juni 2023 im Städtischen Kulturzentrum PFL aufmerksam gemacht, bei dem der Film "Die Staatsfeinde: Kalter Krieg und alte Nazis" von Daniel Burkholz gezeigt und von Dr. Rolf Gössner eingeführt wird.

<https://ilmr.de/2023/10-oldenburger-filmtag-gegen-den-krieg>

Arbeitsbibliothek der Fritz Bauer Bibliothek in Bochum vermacht

Montag, 17. Juli 2023

Rolf Gössners Arbeitsbibliothek – vor allem mit zeitgeschichtlichen, rechts-, innen- und justizpolitischen Titeln und Zeitschriften aus sieben Jahrzehnten bundesdeutscher Geschichte – ist im Juni aus seinem Bremer Büro nach Bochum verfrachtet worden. Dort wurde sie in der vorigen Woche während eines Pressetermins symbolisch und offiziell der dortigen Fritz Bauer Bibliothek übergeben, die gerade als Präsenzbibliothek aufgebaut wird.

Die interaktive Fritz Bauer Bibliothek ist – zusammen mit dem Fritz Bauer Archiv – Bestandteil des Fritz Bauer Forums (FBF) „Zentrum für Menschenrechte“. Dieses Forum, das an den Juristen und Auschwitz-Ankläger Dr. Fritz Bauer erinnert, ist geplant als internationaler Ort für Forschung, Bildung, Kunst und Dialog mitten im Ruhrgebiet. Trägerin ist die gemeinnützige BUXUS STIFTUNG, die Wissenschaft und Forschung und ein an den Menschenrechten orientiertes Handeln fördert und die von der Historikerin und Fritz-Bauer- Biografin, Dr. Irmtrud Wojak, geführt wird. Herr Gössner hatte vor einer Woche Gelegenheit, zusammen mit Frau Wojak das neue „Zuhause“ der gespendeten Arbeitsbibliothek anzuschauen – ein außergewöhnlicher Bibliotheksort in einem denkmalgeschützten Gebäude, der ehemaligen „Trauerhalle (Ost) Havkenscheid“, die nun mit Leben und Büchern gefüllt werden soll.

<https://ilmr.de/2023/arbeitsbibliothek-der-fritz-bauer-bibliothek-in-bochum-vermacht>

Für das Menschenrecht auf Frieden! Erklärung zum diesjährigen Weltfriedenstag am 1. September 2023

Mittwoch, 30. August 2023

Der Stellvertreterkrieg zwischen der Nato und Russland, bei dem zumindest einige Nato-Staaten, wie Deutschland, mittlerweile zur faktischen Kriegspartei mutiert sind, zeigt eine in der jüngsten Gegenwart in Europa nie dagewesene militärische Konfrontation mit enormen Ausgaben für Waffenlieferungen und Militärtechnik und bedeutet zugleich eine gigantische Aufrüstung. Die zunächst legitime Selbstverteidigung der Ukraine gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg

Russlands hat sich mit einer völkerrechtswidrigen Unverhältnismäßigkeit verbunden. Diese Spirale von Krieg, Gewalt, Tod und unsäglichem Leid muss mit Vernunft und dem unüberhörbaren Ruf nach dem Menschenrecht auf Frieden gestoppt werden. Besonders bedeutsam sind internationale Vorstöße zur Normierung eines Menschenrechts auf Frieden. Deutschland hat 2016 bei der Abstimmung über ein „Menschenrecht auf Frieden“ gegen die jeweiligen Resolutionen gestimmt. Eine offizielle Begründung für das Abstimmungsverhalten existiert offenbar nicht. Die Weltkonferenz für Menschenrechte in Wien im Jahre 1993 hat klar gemacht, dass Menschenrechte universell, unteilbar und interdependent sind: „Sie gelten überall auf der Welt, für alle Menschen, zu jeder Zeit; sie sind gleichrangig – man kann die bürgerlichen und politischen Menschenrechte nicht von den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten trennen – denn sie sind voneinander abhängig und verstärken sich gegenseitig.“ Die Internationale Liga für Menschenrechte wirkt darauf hin, dass auch das Völkerrecht, insbesondere die UN-Charta, und im nationalen Rahmen das Grundgesetz in diesem Sinne interpretiert werden. Schließlich formulieren das Gewaltverbot der VN-Charta und das Friedensgebot des Grundgesetzes unverrückbare Prinzipien. Die Internationale Liga für Menschenrechte setzt sich dafür ein, ihnen im Völkerrecht normative Kraft zu verleihen.

<https://ilmr.de/2023/fuer-das-menschenrecht-auf-frieden-erklaerung-der-internationalen-liga-fuer-menschenrechte-zum-diesjaehrigen-weltfriedenstag-am-1-september-2023>

4.4. Antirassismus

Veranstaltung: „Kriminalisierung und Stigmatisierung im Sicherheitsdiskurs – Wie Menschenrechte durch rassistische Polizeipraktiken in Gefahr sind“

Dienstag, 20. Juni 2023

Unter dem Thema "Kriminalisierung und Stigmatisierung im Sicherheitsdiskurs – Wie Menschenrechte durch rassistische Polizeipraktiken in Gefahr sind", hat die Liga am 20. Juni 2023 eine Podiumsdiskussion unter dem Titel "Polizeipraktiken des sozialräumlichen Rassismus – Racial Profiling und 'Clankriminalität'" im Im Haus der Demokratie und



und Menschenrechte im Robert Havemann-Saal veranstaltet. Dazu haben Layla Abdul-Rahman, Mitherausgeberin von „Gewalt im Amt: Übermäßige polizeiliche Gewaltanwendung und ihre Aufarbeitung“ und Kriminologin an der Ruhr-Universität Bochum, Melly Amira als Vertreterin der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt, und Mohammed Chahrour von der Initiative Kein Generalverdacht über die beschriebenen Polizeipraktiken des sozialräumlichen Rassismus sprechen referiert. Der zweite Themenabend mit dem Titel „Gefahr für das Versammlungsrecht! Verbot pro-palästinensischer Demonstrationen in Berlin“ mit dem Vorstandsmitglied Ahmed Abed hat am 27. Juni 2023 um 19:00 Uhr am gleichen Veranstaltungsort stattgefunden.

<https://ilmr.de/2023/podiumsdiskussion-am-20-juni-2023-19-uhr-polizeipraktiken-des-sozialraeumlichen-rassismus-racial-profiling-und-clankriminalitaet>

4.5. Privatsphäre

Verleihung der Big Brother Awards 2023

Montag, 8. Mai 2023

Die Internationale Liga für Menschenrechte hat die Verleihung der Big Brother Awards 2023 durch Digitalcourage an das Bundesfinanzministerium, fineleap connect GmbH, Zoom, Microsoft und die Deutsche Post DHL Group für schwerwiegende Verstöße gegen Datenschutzbestimmungen und Grundrechte unterstützt.

<https://ilmr.de/2023/verleihung-der-big-brother-awards-2023>

4.6. Kurdistan

Verfolgung kurdischer Aktivitäten in der Türkei

Donnerstag, 4. Mai 2023

Die Internationale Liga für Menschenrechte hat die Forderungen internationaler Menschenrechtsorganisationen zur aktuellen Verfolgung kurdischer Aktivitäten in der Türkei, sowie kurdischer Rechtshilfe Organisationen in Deutschland zur Beendigung der Verfolgung kurdischer Aktivitäten unterstützt. Sie verurteilt die Verhaftungen von mindestens 128 kurdischen Journalist*innen, Anwält*innen und Parteifunktionärinnen 19 Tage vor den Wahlen in der Türkei und fordert deren sofortige Freilassung sowie Zugang zu Rechtsbeistand. Diese Aktionen sind Teil der systematischen Schikanie der kurdischen Opposition und der Menschenrechtsverletzungen durch die türkischen Behörden. Zudem betont die Liga die Notwendigkeit, die Rechte der kurdischen Aktivisten auch in Deutschland zu schützen, die aufgrund des PKK-Verbots von 1993 verfolgt werden, welches zur strafrechtlichen Verfolgung und Inhaftierung zahlreicher kurdischer Aktivist*innen geführt hat. Die Liga ruft die internationale Gemeinschaft auf, das Selbstbestimmungsrecht der Kurdinnen anzuerkennen und zu unterstützen.

<https://ilmr.de/2023/die-internationale-liga-fuer-menschenrechte-unterstuetzt-die-forderungen-internationaler-menschenrechtsorganisationen-zur-aktuellen-verfolgung-kurdischer-aktivitaeten-in-der-tuerkei-sowie-kurdischer>

4.7. Whistleblower

Aufruf zur Freilassung von Julian Assange

Mittwoch, 22. Februar 2023

Die Internationale Liga für Menschenrechte bekannte nachdrücklich ihren Einsatz für die Freilassung und Rehabilitierung von Julian Assange. Dem weltweit bekannten und verdienstvollen Whistleblower Julian Assange drohen weitere schwere Menschenrechtsverletzungen, sollte er tatsächlich an die USA ausgeliefert worden werden.

<https://ilmr.de/2023/aufruf-zur-freilassung-von-julian-assange>

Der Fall Julian Assange – eine „Bankrotterklärung der westlichen Rechtstaatlichkeit“

Donnerstag, 12. Oktober 2023

Julian Assange, Gründer von WikiLeaks, befindet sich seit über fünf Jahren in britischer Haft, wobei sein Gesundheitszustand laut Insidern zunehmend schlechter wird. Berichte über seine Gesundheit und Anzeichen psychologischer Folter häufen sich. Assange wurde für die

Veröffentlichung geheimer US-Militärdokumente angeklagt, die Kriegsverbrechen in Afghanistan und dem Irak aufdeckten. Die USA fordern seine Auslieferung, was zu einem langwierigen Rechtsstreit führte. Nun steht ihm in Großbritannien nur noch ein Rechtsweg offen, bevor ihm als letzte Instanz der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bleibt. Die mittlerweile mehr als vierjährige Inhaftierung Assanges ist nach Einschätzung des Vorstandes der Internationalen Liga der Menschenrechte „ein Riesenskandal und eine Bankrotterklärung der westlichen Rechtsstaatlichkeit“ und schließt sich damit wortwörtlich an das Urteil von Nils Meltzer an und setzt weiter fort, „deshalb fordern wir als Internationale Liga der Menschenrechte nicht nur alle Organisationen und die Medien auf sich für die Freiheit von Julian Assange einzusetzen, sondern auch staatliche Institutionen“.

<https://ilmr.de/2023/der-fall-julian-assange-eine-bankrotterklaerung-der-westlichen-rechtsstaatlichkeit>

4.7. Palästina/Israel

Verbot der Nakba-Demonstration: Grundrechtswidrig und demokratiefeindlich

Donnerstag, 15. Juni 2023

Die Internationale Liga für Menschenrechte kritisiert scharf das Verbot der Demonstration zum 75. Jahrestag der Nakba durch die Berliner Polizei. Das Verbot wird als massiver Eingriff in die Grund- und Menschenrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit angesehen. Die Liga betont, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit im Grundgesetz und internationalen Pakten verankert ist. Die Berliner Landesregierung unterstützt mit dem Verbot der Meinungsäußerungen für palästinensische Menschenrechte die völkerrechtswidrige Besatzung und Apartheid der israelischen Regierung. Zum 75. Jahrestag der palästinensischen Nakba, der durch die UN am 15.05.2023 zum ersten Mal gemeinsam gedacht wurde, darf das Recht der Palästinenser*innen in der Diaspora auf freie Meinungsäußerung, auf Erinnern an ihre kollektive Katastrophe, auf Protest gegen ihre fortwährende gewaltsame Repression und Vertreibung, nicht unterdrückt werden. Die UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese verurteilt ebenfalls das Verbot als Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Die Liga fordert den Berliner Senat auf, das Versammlungsverbot zu beenden und die universellen Menschenrechte sowie die deutschen Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit sicherzustellen.

<https://ilmr.de/2023/das-verbod-der-demonstration-fuer-das-grundrecht-auf-versammlungs-und-meinungsfreiheit-zum-75-jahrestag-der-nakba-vom-20-05-2023-ist-grundrechtswidrig-und-demokratiefeindlich>

Veranstaltung: „Gefahr für das Versammlungsrecht! Verbot pro-palästinensischer Demonstrationen in Berlin.“

Dienstag, 27. Juni 2023



Die massive Polizeibrutalität auf der 2023 Gedenkdemonstration der „Jüdischen Stimme für Frieden in Nahost“ und die Verbote aller sonstigen Demonstrationen zum 75. Jahrestag der Nakba in Berlin haben das Ausmaß der Repression pro-palästinensischer Menschenrechtsarbeit und Versammlungen in Deutschland ein weiteres Jahr in Folge deutlich gemacht. Die Berliner Polizei führte als Rechtfertigung für die zahlreichen Verbote ein Risiko zu antisemitischen Äußerungen und eine „deutlich aggressive Grundhaltung [...] dieser Klientel“ der pro-palästinensischen Demonstrationen an.

In einer Podiumsdiskussion haben Ahmed Abed, Rechtsanwalt, und ein*e Vertreter*in der „Jüdischen Stimme für Frieden in Nahost“ über die Gefahr dieser – rassistisch begründeten – Verbote für das Versammlungsrecht in Deutschland referieren. Zudem hat Rashid Khudairi in einer Videobotschaft über die Kriminalisierung friedlicher Proteste und sonstiger Widerstandsformen gegen die Menschenrechtsverletzungen durch den israelischen Staat im palästinensischen Jordantal gesprochen.

Der Diskussionsabend ist eine von zwei Veranstaltungen der Internationalen Liga für Menschenrechte zum Thema „Kriminalisierung und Stigmatisierung im Sicherheitsdiskurs – Wie Menschenrechte durch rassistische Polizeipraktiken in Gefahr sind“.

Mitveranstaltet von der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V. Regionalgruppe Berlin-Brandenburg.

<https://ilmr.de/2023/podiumsdiskussion-am-27-juni-2023-19-uhr-gefahr-fuer-das-versammlungsrecht-verbot-pro-palaestinensischer-demonstrationen-in-berlin>

Erklärung der FIDH zu Israel und Palästina

Montag, 16. Oktober 2023

Jerusalem, Ramallah, Paris, 11. Oktober 2023. Der jüngste rücksichtslose Angriff der Hamas in Israel, der möglicherweise auf Kriegsverbrechen hinausläuft, hat zu immenser Gewalt und Vergeltungsangriffen auf die Palästinenser geführt. Die Lage vor Ort ist äußerst besorgniserregend, insbesondere nach der von Israel verhängten totalen Abriegelung des Gazastreifens für zwei Millionen Palästinenser, die nun keinen Zugang zu Lebensmitteln, Wasser, Strom, Benzin und Medikamenten haben. Die wahllosen Luftangriffe, die Abriegelung und das Aushungern der Zivilbevölkerung im Gazastreifen sind nach dem humanitären Völkerrecht eindeutig verboten und stellen Kriegsverbrechen dar.

Dieser Kreislauf der Gewalt ist ein vorhersehbares und erwartetes Ergebnis des illegalen israelischen Besatzungs- und Apartheidregimes, das trotz der Aufrufe und Warnungen von Menschenrechtsorganisationen und Mechanismen der Vereinten Nationen zu lange andauert hat. Es ist dringend notwendig, alles zu tun, um von allen Parteien einen sofortigen Waffenstillstand zu erwirken, konkrete Maßnahmen zur Befreiung der zivilen Geiseln zu ergreifen, die palästinensische Bevölkerung vor unverhältnismäßigen israelischen Vergeltungsmaßnahmen zu schützen und die Einreise von humanitärer Hilfe in den Gazastreifen zu gewährleisten. Die FIDH erinnert daran, dass es keinen gerechten und dauerhaften Frieden geben wird, solange sich die internationale Gemeinschaft weigert, die Ursachen der anhaltenden Feindseligkeiten anzugehen. Die Blockade und Abriegelung des Gazastreifens dauert nun schon seit 16 Jahren an und hält zwei Millionen Palästinenser in einem Freiluftgefängnis gefangen, das von der UNO als „unbewohnbar“ bezeichnet wurde. Mehr denn je muss die internationale Gemeinschaft ihre moralische und rechtliche Verantwortung wahrnehmen, um diesen endlosen Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen. Um die Rechenschaftspflicht für diese abscheulichen Verbrechen zu gewährleisten, muss das Völkerrecht ohne Diskriminierung oder doppelte Standards angewandt werden, in der Erkenntnis, dass alle Menschenleben gleich sind.

<https://ilmr.de/2023/erklaerung-der-fidh-zu-israel-und-palaestina>

Forderung einer Waffenruhe in Gaza und Israel

Montag, 30. Oktober 2023

Die Angriffe der Hamas auf israelische Zivilist*innen am 07.10.2023 stellen schwere Verstöße gegen das Völkerrecht dar. Dieses verbietet strengstens das Anvisieren von Zivilist*innen, den Einsatz von wahllosen Waffen, Mord, Verstümmelung, und Geiselnahme. Die Begehung schwerer Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch eine Konfliktpartei – einschließlich einer bewaffneten Gruppe – rechtfertigt jedoch nicht deren Begehung durch eine andere Partei. Seit dem 08.10.2023 hat die israelische Armee Tausende von Bomben auf den Gazastreifen abgeworfen, einen der am dichtesten besiedelten Orte der Erde, in dem 2,1 Millionen Palästinenser*innen leben, von denen etwa die Hälfte Kinder sind. Dies hat zu einer verheerenden humanitären Krise geführt. Über 7.000 Palästinenser*innen, darunter viele Kinder, wurden getötet und mehr als 20.000 verletzt. Israel hat den Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen wie Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung abgeschnitten, was zu akuten Gesundheitsrisiken und einem Zusammenbruch des Gesundheitssystems führte. Zahlreiche Häuser wurden zerstört, und über 1,4 Millionen Menschen wurden vertrieben. Die Liga fordert die Einhaltung des humanitären Völkerrechts – einschließlich der Genfer Konventionen. In diesem Sinne bekräftigt die Liga die Forderungen der FIDH vom 11.10.2023 und erinnert die deutsche Regierung und insbesondere die

Außenministerin Annalena Baerbock an ihre Verpflichtung, Maßnahmen zu ergreifen, um Völkermord zu verhindern, wenn die Gefahr besteht, dass er begangen wird.

<https://ilmr.de/2023/die-bundesregierung-muss-sich-fuer-ein-sofortige-waffenruhe-in-gaza-und-israel-einsetzen>

5. Vesper „Menschenrechte aktuell“

Zu den weiteren Veranstaltungen im Berichtszeitraum gehört die allmonatliche Vesper. Unter dem Motto „Menschenrechte aktuell“ laden die Liga, die Humanistische Union, die Eberhard-Schultz-Stiftung und die Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte an jedem letzten Donnerstag im Monat Expert*innen und die interessierte Öffentlichkeit zum Informations- und Meinungsaustausch über ein aktuelles menschenrechtspolitisches Thema ein.



5.1. Vesper – Menschenrechte aktuell: „Soziales Menschenrecht auf Wohnen für Alle – Wie weiter mit dem Volksentscheid?“

Donnerstag, 30. März 2023

Nach dem erfolgreichen Volksentscheid im September 2021 beschäftigt sich derzeit eine Expert*innenkommission mit der Umsetzbarkeit/Möglichkeit eines Vergesellschaftungsgesetzes. Das Zwischenergebnis gibt Hoffnung, dass eine Enteignung machbar ist. Nach der Wiederholungswahl und sich derzeit abzeichnenden schwarz-roten Koalition ist völlig unklar, wie es jetzt mit diesem wichtigen Thema weitergehen kann. Genau dieser hochaktuellen Frage und Problematik waren Gesprächsthema dieser Veranstaltung, in denen sowohl spannende Referate und Beiträge stattgefunden als auch eine anschließende Politiker:innen-Runde und Debatte Raum für eine rege Teilnahme geboten haben.

5.2. Vesper – Menschenrechte aktuell: Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention von 2009 in Deutschland – eine kritische Bilanz?

Donnerstag, 25. Mai 2023

Am 13.12.2006 wurde die Behindertenrechtskonvention (BRK) auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet, am 26.3.2009 ist sie für Deutschland in Kraft getreten. Seitdem wurde die Gesetzgebung in Deutschland angepasst mit dem erklärten Ziel, die in der Konvention

erklärten Rechte umzusetzen. Aktivist*innen der Behindertenbewegung kritisieren die Umsetzung als völlig unzureichend. Wir wollen Bilanz ziehen, was bisher erreicht wurde und was noch erreicht werden muss. Dabei betrachten wir besonders die Situation von Menschen mit psychischen Hindernissen.

In diesem Zusammenhang stellen wir auch das Projekt „Menschenrechte in Aktion“ vor, das der Umsetzung der Konvention in psychiatrischen Kliniken und Einrichtungen der psychosozialen Versorgung dient. Das Projekt und die Veranstaltung werden von der „Aktion Mensch“ gefördert.

Federführende Veranstalterin war die Internationale Liga für Menschenrechte (ILMR), die für diese Veranstaltung mit dem Verein Kellerkinder und der Interessenvertretung selbstbestimmt leben in Deutschland (ISL) zusammenarbeitet.

5.3.Vesper – Menschenrechte aktuell: Triage – Ersteinschätzung in Situationen des Mangels – Wem wird zuerst geholfen?

Donnerstag, 27. Juli 2023

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass im Krisenfall medizinische Ressourcen endlich sein können. Das trifft auch für künftige Klimakrisen, Massenunfälle und plötzliche Versorgungskrisen zu. Was zunächst als Problemstellung für Ärzte und Zivilschutz gelten mag, ist eine Frage, die in das Zentrum der Gesamtgesellschaft führt. Welchen Weg ging die Gesetzgebung und warum? Wie kann man Richtlinien und Algorithmen entwerfen, die Gerechtigkeit versprechen? Wie könnte eine gesellschaftliche Unterstützung der Entscheidungsträger aussehen? Wo liegen die ethischen Herausforderungen, wenn man sich entscheidet, nicht zu helfen? Organisiert vom Landesverband Berlin-Brandenburg der Humanistischen Union.

5.4.Vesper – Menschenrechte aktuell: „Das Problem ist institutioneller Rassismus!?“

Donnerstag, 28. September 2023

Die Eberhard Schulz Stiftung behandelt das hochaktuelle Thema des Rassismus in unsere Gesellschaft und hierbei vor allem auch die von rassistischer Diskriminierung Betroffenen und ihre Organisationen zu Wort kommen lassen. Auf der Veranstaltung wurde auch der von Gün Tank, Biplab Basu, Eberhard Schultz und Klaus Kohlmeyer herausgegebene Band „Das Problem heißt institutioneller Rassismus“ vorgestellt.

5.5 Vesper – Menschenrechte aktuell: Was wollen wir gegen die CDU/SPD-Innenpolitik tun??

Donnerstag, 21. November 2023

Die vorherige Berliner Regierung nannte ihre Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) zutreffend einen liberalen Gegenentwurf zu den Polizeigesetzen der anderen Bundesländer.

Die aktuell regierende CDU/SPD-Koalition setzt in ihrem Koalitionsvertrag wieder auf Repression. Im Kapitel „Inneres, Sicherheit und Ordnung“ wird ein flächendeckender Einsatz von Bodycams bei Polizei, Feuerwehr und Ordnungsämtern festgeschrieben. Der Begriff der „öffentlichen Ordnung“ soll wieder in das ASOG aufgenommen werden. Es soll Messerverbotzonen an kriminalitätsbelasteten Orten geben. Taser sollen verstärkt eingesetzt werden. Der Einsatz der Quellen-TKÜ und der Online-Durchsuchung werde geprüft. Der Präventivgewahrsam soll von zwei auf fünf Tage verlängert werden. Bei möglichen terroristischen Taten sogar auf sieben Tage. Das alles will die Landesregierung in den nächsten Monaten umsetzen; wahrscheinlich zusammen mit Maßnahmen, die nur den Görlitzer Park und den Leopoldplatz betreffen.

An diesem von der Humanistischen Union organisierten Abend wurde besprochen was diese Gesetzesverschärfungen für Berlin bedeuten würden, ob die Stadt so sicherer werden kann und wie wichtig Prävention und eine gute Sozialpolitik (vor allem Bildung, bezahlbare Wohnungen und gute Arbeit) bei einer rationalen Innen- und Sicherheitspolitik sind.